Abend-Ausgabe

96. Jahrgang. Nr. 172

Dienstag, 12. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschrift: Nachrichten Dresden Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenzeile: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. odh. Ziffernaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Vulkanausbrüche in ganz Südamerika

Ein Aschenregen verdunkelt den Himmel – Katastrophengefahr durch Schwefelgase

Berlin, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Santiago de Chile erlebt die südliche Hälfte Südamerikas, vor allem Chile und Argentinien, ein Naturereignis, wie es in diesen Gegenden seit Menschengedenken nicht mehr vorgekommen ist.

Auf einer Strecke von über 700 Kilometer Ausdehnung sind seit Montag früh sämtliche Vulkane der Kordilleren, auch solche, die man seit der Erforschung Südamerikas als erloschen betrachtet hat, zum Ausbruch gekommen. Ununterbrochen wird das ganze Land von Erdstößen heimgesucht,

so daß die Bevölkerung in eine Panikstimmung versetzt ist. Mittelpunkt der Naturkatastrophe scheint die Stadt Mendoza an der chilenisch-argentinischen Grenze zu sein, die schon im Jahre 1861 einmal durch Erdbeben von Grund auf zerstört wurde. Jetzt ist sie durch einen Aschenregen des bisher als erloschen angesehenen Vulkans Descabezade fast vollständig zugedeckt worden. Auch der große Vulkan Tinguiririca in den Mittel-Anden ist mit vielen kleineren Vulkanen in der Umgebung wieder in Tätigkeit getreten. Bisher liegen die südlichsten Meldungen über die Katastrophe aus Concepcion, die nördlichsten aus Santiago vor.

Die dauernden Ausbrüche haben den Himmel auf viele Hunderte von Kilometer purpurrot illuminiert. Alle paar Minuten durchzucken enorme Zickzackblitze die Luft. Gasexplosionen steigern mit ihrem unheimlichen Donnern die Schrecken für die verstörte Bevölkerung.

In den chilenischen Provinzen Colchuagua und Talca haben die Einwohner ihre Stadtwohnungen verlassen. Die Schulen sind geschlossen, die Bevölkerung kampiert im Freien. Der Westwind hat die ungeheueren Aschenmengen, die von den Vulkanen ausgestoßen werden, bis nach Buenos Aires getrieben, dessen Häusermeer mit einer dichten Schicht weißer Siliciumasche bedeckt ist. Südlich von Mendoza sind Züge durch die Asche zum Stehen gebracht worden. Die Ernten sind vernichtet. Die Gauchos fürchten, daß ihr Vieh, das sie von den Pampas zusammengetrieben haben, durch Schwefelgasvergiftungen vernichtet wird. Aus der Provinz Mendoza sind für viele Städte Sauerstoffapparate angefordert worden, um Gasvergiftungen sofort behandeln zu können. Der Aschenregen ist sogar bis nach Buenos Aires und Montevideo gekommen. In Buenos Aires hat die Wetterwarte festgestellt, daß in den letzten 24 Stunden

3144 Tonnen Asche gefallen

sind. Dutzende von Personen sind mit Augenentzündungen in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Man fürchtet, daß die Katastrophe viele Opfer fordern wird. Genaue Informationen liegen noch nicht vor, weil der Aschenregen und die Erdstöße sämtliche Telegraphenlinien zerstört haben. Von Santiago aus ist deswegen heute ein Flugzeuggeschwader aufgestiegen, um festzustellen, wo die größten Gefahrenherde sich befinden. Die Flugzeuge müssen in außerordentlicher Höhe fliegen, um nicht selbst in Gefahr zu kommen.

Aus Buenos Aires wird gemeldet: Die ausströmenden Schwefelgase behindern die Atmung. Der Boden des Dorfes Malargue ist so aufgerissen, daß man befürchtet, das Dorf werde völlig vom Erdboden verschwinden. In der Gegend von Buenos Aires sind schätzungsweise 2 Millionen Kubikmeter vulkanische Asche und Sand niedergegangen. Ein Meteorologe hat festgestellt, daß der Aschenregen in 48 Stunden bis nach Europa gelangen könnte. Selbst in Montevideo, das etwa 1300 Kilometer von dem nächsten Vulkan entfernt ist, ist dichter Aschenregen gefallen. Viele Leute haben Schirme aufgespannt, andere haben sich Tücher vor Mund und Nase gebunden, um sich vor dem Einatmen der Asche zu schützen. Im Berggebiet von Patagonien ist ebenfalls ein Vulkan ausgebrochen, so daß man auch für Südchile große Befürchtungen hat.

Die britische Antwort an Irland

Dublin, 12. April. Am Montag trat die britische Antwort auf die irische Note über den Treueid und die Entschädigungszahlungen in Dublin ein. Die britische Regierung erklärt, aus der Note de Valeras gehe klar hervor, daß die Forderungen der irischen Regierung sich nicht nur auf den Treueid und die Entschädigungssummen bezögen, sondern viel weiter gingen.

Es handele sich um nichts weniger als eine Zurückweisung des ganzen englisch-irischen Vertrages.

Auf den Wunsch de Valeras nach einem geeinigten Irland übergehend, erklärt die englische Regierung, die Einigung des Nordens und des Südens sei im Vertrag vorgesehen, falls beide Teile sich dazu bereit erklärten. Eine solche Einigung sei jedoch nur unter der englischen Krone möglich. Was die Absicht Irlands angehe, den Treueid aus der irischen Verfassung zu entfernen, so könne nur noch einmal wiederholt werden, daß der Treueid ein unabtrennbarer Teil des englisch-irischen Vertrages sei, auf dessen Innehaltung die englische Regierung energisch bestehe. Bezüglich der jährlichen Entschädigungszahlungen beruft sich die englische Note auf die Abmachungen von 1923 und 1926, worin sich die irische Regierung zur Bezahlung der Entschädigungssumme verpflichtet hat. Die englische Regierung betrachte nach wie vor diese Verpflichtung als verbindlich für den irischen Freistaat.

1130,3 Millionen Gesamtdefizit

Berlin, 12. April. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betrugen im Februar 1932 (Angaben in Millionen Reichsmark) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 669,6 (Januar 772,6) und die Ausgaben 669,9 (778,7); mithin ist für Februar eine Mehrausgabe von 0,3 (1,1) zu verzeichnen. Im außerordentlichen Haushalt wurden im Februar 0,1 (Januar 0,4) vereinnahmt, bei Ausgaben von insgesamt 2,8 (0,3) ergibt sich eine Mehrausgabe von 2,7 (8,9). Das Gesamtdefizit beider Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge errechnet sich auf 1130,3 (Ende Januar 1102,3).

Ein Reichskommissar für die Schiffahrt

Berlin, 12. April. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist der Präsident des Verbandes Deutscher Reeder, Staatsminister a. D. Graf Roedern, zum Treuhänder des Reichs für die Schiffahrt ernannt worden. Er soll die Reorganisationsmaßnahmen in der Schiffahrt, die im Zusammenhang mit der Kreditübernahme des Reiches durchgeführt werden, überwachen.

Geschäftsordnung im Preußenlandtag geändert

Drei Nein-Stimmen verhindern die Beschlußunfähigkeit

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. April. Der Vorstoß der preußischen Koalitionsparteien zur Abänderung der Geschäftsordnung des Preußischen Landtags, durch den nach den Neuwahlen eine Rechtsregierung in Preußen unmöglich gemacht werden soll, ist am Dienstagmittag wider Erwarten nahezu aller politischen Kreise geglückt.

Es gelang der vereinigten Opposition nicht, das Haus beschlußunfähig zu machen, und infolgedessen wurde die Geschäftsordnungsänderung über die Wahl des Ministerpräsidenten mit 228 gegen 3 Stimmen angenommen.

Einesteils ist dies darauf zurückzuführen, daß die Regierungsparteien bis auf den letzten Mann erschienen waren. Auch Abgeordnete des rechten Flügels des Zentrums, die einen Rechtskurs in Preußen befürworten, stimmten mit. Anderenteils gelang es der preußischen Regierung durch ein höchst ungewöhnliches Druckmittel, eine Anzahl von Abgeordneten, die für die kommenden Wahlen nicht wieder aufgestellt worden sind, zu veranlassen, ihre Karten abzugeben. Der preußische Ministerpräsident hatte nämlich für den Fall, daß die Geschäftsordnung heute nicht geändert würde, gedroht, das Parlament sofort aufzulösen. Damit würden aber auch sofort alle Vergünstigungen erloschen sein. Unter denjenigen, die durch Stimmabgabe die Beschlußunfähigmachung des Landtags verhinderten, befand sich auch ein Volksparteiler, der Abg. Langer, Oberhausen, der keine Aussicht hat, in den neuen Landtag wiederzukehren, außerdem von Linkssozialisten Frau Dr. Frankenthal und ein Mitglied der kommunistischen Oppositionsgruppe namens Gebhardt, Merseburg. Nach Feststellung des Büros hat der Abg. Maaßen (Z.) eine Enthaltungskarte abgegeben, was vom Präsidenten nicht mitgeteilt wurde. Auch eine ungültige Stimme ist abgegeben worden.

Verlängerung des 500-Millionen-Kredits

Berlin, 12. April. Die Verhandlungen über eine Verlängerung des 125 Millionen Dollar betragenden Ueberbrückungskredites, der im Oktober 1930 durch ein internationales Bankensyndikat dem Deutschen Reich gegeben wurde, sind praktisch zum Abschluß gelangt, so daß mit der formellen Unterzeichnung in den nächsten Tagen zu rechnen sei. Dem Konsortium gehören amerikanische Banken unter Führung von Lee Higginson & Co., sowie deutsche Banken unter Führung der Reichsbank, ferner holländische, schwedische und englische Banken an. Der Kredit wird um ein Jahr bei sechsprozentiger Verzinsung bis zum 10. November 1933 verlängert, jedoch ist Mitte Juli ein Betrag von etwa 15,5 Millionen Dollar zu tilgen. Da etwa 15 Prozent des Kredites von dem deutschen Konsortium gewährt worden waren, ermäßigt sich der benötigte Devisenbedarf für die Tilgungszahlung entsprechend. Für die weitere Tilgung ist ein Amortisationsplan mit gestaffelten Zahlungen aufgestellt worden.

Ein neuer Vorstoß Tardieus in Genf

Genf, 12. April. Volkskommissar Litwinow begründete heute vormittag im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz in einstündiger Rede den Vorschlag seiner Delegation für

eine sogenannte progressive und proportionale Abrüstung, deren Wesen darin bestehe, daß der Prozentsatz der quantitativen Rüstungsbeschränkung um so höher sein soll, je größer die Rüstungen des Staates sind.

Entsprechend den seinerzeit eingereichten russischen Vorschlägen sollen z. B. Armeen von mehr als 200 000 Mann um 50 Prozent vermindert werden, während Armeen unter 90 000 Mann keinerlei Verminderungen unterliegen. Der gleiche Grundsatz müsse auf die See- und Luftrüstungen angewandt werden. Zu dem gestrigen amerikanischen Vorschlag erklärte Litwinow, isolierte Vorschläge für die Abschaffung einer bestimmten Art von Rüstungen seien nicht dazu angetan, die Probleme zu vereinfachen.

Dann hielt

Tardieu

ganz unerwartet eine große programmatische Rede, in der er den Nachweis zu führen suchte, daß die auf der Konferenz immer stärker zutagetretende Tendenz der Abschaffung der Waffen keine Lösung der Abrüstungsfrage bedeuten würde. Tardieu betonte erneut, daß eine solche Lösung nur durch die Annahme der französischen Vorschläge herbeigeführt werden könne. Die Konferenz stehe

vor der Entscheidung, zwei Wege einzuschlagen,

entweder einzelne Waffengattungen aufzuheben und zu verbieten oder aber die Waffen einer internationalen Macht zur Verwendung gegen einen angreifenden Staat zur Verfügung zu stellen. Ueber die Hauptbegriffe der Abrüstung, über den Charakter von Angriffs- und Verteidigungswaffen, sowie über das Wesen des Angriffes und der Verteidigung überhaupt bestehe keinerlei Klarheit. Ein Angriff könne auch Verteidigungsziele in sich tragen. — Tardieu schilderte dann die Möglichkeit, daß ein Staat unter Bruch des Kellogg-Vertrages zum Angriff schreiten könnte. Niemand könne ernsthaft annehmen, daß ein solcher Staat sich durch ein internationales Abrüstungsabkommen hindern lassen würde.

Infolgedessen müßten unbedingt internationale Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen erwogen werden. Niemand könne die Möglichkeit der Verheimlichung von Waffen leugnen.

Paris über Amerikas Plan verstimmt

Paris, 12. April. Der amerikanische Vorschlag, auf der Genfer Abrüstungskonferenz die schweren Tanks als reine Angriffswaffe zu verbieten, wird in den französischen Blättern als ein Manöver gewertet, das sich direkt gegen Frankreich richte. Man wirft dem amerikanischen Vertreter außerdem vor, entgegen den Bestimmungen keine der beteiligten Mächte von seiner Absicht unterrichtet und nicht den üblichen Weg über das Büro eingeschlagen zu haben, das allein befugt sei, die Tagesordnung festzusetzen. Man habe die französischen Vertreter überraschen wollen, so schreibt der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“, und es sei geradezu ungehörig, daß einige Vertreter es nicht einmal der Mühe wert hielten, die am meisten interessierten Staaten von ihren Absichten zu unterrichten. Amerika habe sich außerdem wohl gehütet, in seinem Vorschlag auch die Flugzeugmutterschiffe und die schweren Bombenflugzeuge aufzunehmen, deren es eine so große Anzahl besitze. Tardieu habe es jedoch auf meisterhafte Weise verstanden, den amerikanischen Botschafter abzuweisen. Er habe seinen Erklärungen vom Montag nichts hinzuzufügen und werde Genf am heutigen Dienstagabend verlassen und erst gegen Ende nächster Woche nach dort zurückkehren.

SLUB
Wir führen Wissen.